

23.01.2024

Seminarankündigung (Sommersemester 2024):

Aktuelle Rechtsprechung zum Europäischen Strafrecht

Im Sommersemester 2024 bietet Prof. Dr. Zimmermann ein Seminar zu aktuellen Entscheidungen des EuGH im Bereich des Straf- und Strafverfahrensrechts an. Denn längst spielt das Unionsrecht auch für die Praxis des Straf(verfahrens)rechts eine immense Rolle. Dies gilt daher auch für die Rechtsprechung des EuGH, der (u.a.) dazu berufen ist, über Auslegungsfragen des Unionsrechts zu entscheiden.

Die Aufgabe der Teilnehmenden besteht darin, die zentralen Aussagen einer konkreten EuGH-Entscheidung herauszuarbeiten, sie im Hinblick auf die zugrundeliegende Rechtsfrage und ihre übergeordnete Bedeutung für das Unionsrecht und/oder das deutsche Recht einzuordnen sowie kritisch zu würdigen. Dabei soll auch der größere unions- und straf(verfahrens)rechtliche Kontext ausgeleuchtet werden. Das Gleiche gilt für aus der Entscheidung erwachsende Folgefragen und einen etwaigen Reformbedarf.

Das Seminar richtet sich in erster Linie an Studierende des Schwerpunktbereichs 3. Die Zahl der Teilnehmenden ist auf 15 beschränkt.

Im Rahmen des Seminars besteht die Möglichkeit, eine schriftliche Studienarbeit i.R.d. Schwerpunktbereichsstudiums (SPB 3) anzufertigen. Die mündlichen Vorträge werden nach gesonderter Ankündigung im Laufe des Sommersemesters im Rahmen eines Blocktermins gehalten.

Eine **Vorbesprechung** findet am Mittwoch, den 7. Februar 2024, um 10:00 s.t. Uhr per Zoom statt. Die Einwahldaten lauten:

<https://www.zoom-x.de/j/68372252546?pwd=NFVRMmZDZHN3enFJclhoVTYvM1lnZz09>

(Meeting-ID: 683 7225 2546, Kenncode: 719125)

Die **Themenvergabe** erfolgt mittels eines zwischen den strafrechtlichen Lehrstühlen abgestimmten Verfahrens. Nähere Auskünfte entnehmen Sie bitte den Seminarankündigungen der Lehrstühle Hefendehl und Pawlik.

Vorläufige Themenliste (nähere Erläuterung i.R.d. Vorbesprechung):

Themenblock 1: Einflüsse auf das materielle Strafrecht

- 1) EuGH, Urt. v. 06.10.2021, Rs. C-35/20 (A): Strafrechtliche Sanktionen für das Überschreiten der Seegrenze eines Mitgliedstaats an Bord eines Vergnügungsboots
- 2) EuGH, Urt. v. 11.02.2021, Rs. C-77/20 (K.M.): Strafrechtliche Sanktionen für Verstöße gegen Fischereivorschriften

- 3) EuGH, Urt. v. 02.09.2021, Rs. C-790/19 (LG und MH): Begehung strafbarer Geldwäsche trotz Beteiligung an der Vortat ("Selbstgeldwäsche")
- 4) EuGH, Urt. v. 11.06.2020, Rs. C-634/18 (JI): Zum Begriff der großen Menge von Drogen im Rahmenbeschluss 2004/757/JI

23.01.2024

Themenblock 2: Europäischer Haftbefehl

- 5) EuGH, Urt. v. 18.04.2023, Rs. C-699/21 (E.D.L.): Aussetzung der Vollstreckung aus humanitären Gründen
- 6) EuGH, Urt. v. 31.01.2023, Rs. C-158/21 (Gordi et al.): Der Europäische Haftbefehl und das Recht auf ein durch Gesetz errichtetes Gericht
- 7) EuGH, Urt. v. 14.07.2022, Rs. C-168/21 (KL): Das Erfordernis der beiderseitigen Strafbarkeit
- 8) EuGH, Urt. v. 16.12.2021, Rs. C-203/20 (AB et al.): Amnestie und Wiederaufleben der Strafverfolgung
- 9) EuGH, Urt. v. 29.04.2021, Rs. C-665/20 PPU (X): Rechtskräftige Aburteilung in einem Drittstaat / Ermessen bei der Umsetzung von Ablehnungsgründen
- 10) EuGH, Urt. v. 26.10.2021, verb. Rs. C-428/21 PPU und C-429/21 PPU (HM und TZ): Anhörungserfordernis bzgl. Spezialitätsverzicht und weiterer Übergabe

Themenblock 3: „Ne bis in idem“

- 11) EuGH, Urt. v. 23.03.2023, Rs. C-365/21 (MR): Tatbegriff und Anwendbarkeit von Ausnahmen nach Art. 55 SDÜ
- 12) EuGH, Urt. v. 05.05.2022, Rs. C-570/20 (BV): Anforderungen an Einschränkungen des rechtsordnungsinternen „ne bis in idem“
- 13) EuGH, Urt. v. 22.03.2022, Rs. C-151/20 (Nordzucker): „Ne bis in idem“ bei wettbewerbsrechtlichen Verfahren in mehreren Mitgliedstaaten
- 14) EuGH, Urt. v. 14.09.2023, Rs. C-27/22 (Volkswagen): „Ne bis in idem“ bei Sanktionsverfahren in unterschiedlichen Mitgliedstaaten infolge des „Dieselskandals“

Themenblock 4: Weitere Bereiche der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

- 15) EuGH, Urt. v. 16.12.2021, Rs. C-724/19 (HP): Richtervorbehalt im Hinblick auf TKÜ-Maßnahmen
- 16) EuGH, Urt. v. 08.12.2020, Rs. C-584/19 (A u.a.): Anforderungen an die Anordnungsbehörde bei der Europäischen Ermittlungsanordnung
- 17) EuGH, Urt. v. 21.10.2021, verb. Rs. C-845/19 und C-863/19 (DR und TS): Gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen
- 18) EuGH, Urt. v. 12.01.2023, Rs. C-583/22 PPU (MV): Berücksichtigung früherer Verurteilungen im Ausland und nachträgliche Gesamtstrafenbildung
- 19) EuGH, Urt. v. 21.12.2023, Rs. C-281/22: Richtervorbehalt bei grenzüberschreitenden Ermittlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft